

Die Parlamentswahl 2015 in Finnland – Herausforderungen für die Verhandlungsdemokratie

Sven Jochem

Der Wahlkampf im Vorfeld der finnischen Parlamentswahl vom 19. April 2015 verlief weitgehend unspektakulär, gleichwohl brachte die Wahl vor dem Hintergrund einer schweren ökonomischen Krise des Landes einen Regierungswechsel mit sich, der die finnische Verhandlungsdemokratie vor erhebliche Herausforderungen stellt. Erstmals seit ihrer Parteigründung 1995 sind die finnischen Rechtspopulisten (PS, Die Finnen-Partei) nach starken Zuwächsen in der Wählergunst in der Regierungskoalition vertreten und stellen mit ihrem Parteivorsitzenden *Timo Soini* den Außen- und Europaminister. Die Sozialdemokraten (SDP) sowie die Linkspartei (VAS) erlebten ihr schlechtestes Wahlergebnis nach dem Zweiten Weltkrieg. Und erstmals seit 1979 ist die liberale Schwedische Volkspartei (SFP) nicht mehr in einer finnischen Regierung vertreten. Stärkste Kraft wurde bei der Wahl 2015 die Zentrums-Partei (KESK), für eine ehemalige Bauernpartei mit traditionellen Werten und einer ländlich geprägten Wählerklientel ein durchaus erstaunlicher Erfolg im High-Tech-Land Finnland. Nach langen Jahren Großer Koalitionen, die sich über die Grenzen der politischen Blöcke erstreckten, ist die jetzige Dreiparteien-Koalition aus Zentrum, Finnen-Partei und Konservativen Partei eine Mitte-Rechts-Koalition, die weitreichende Reformen anvisiert in einer Demokratie, die nach der Verfassungsreform von 2000 nur noch über wenige institutionalisierte Vetopunkte verfügt.¹

Zentrale Zielsetzung der neu gewählten Mitte-Rechts-Koalition ist es, die schwere Wirtschaftskrise im Land zu bekämpfen und die Produktivität der finnischen Wirtschaft zu steigern. Gleichzeitig zeugt der Aufstieg der Rechtspopulisten davon, dass Migration, Integration sowie die Rolle Finnlands in der Europäischen Union virulente Themen in der finnischen Öffentlichkeit sind, die durch die jüngst stark steigende Zahl von Flüchtlingen an politischer Brisanz zunehmen. Die Logik eines Blockwettbewerbs im Land der Großen Koalitionen ohne institutionalisierte Schranken gegen die Mehrheitsherrschaft sowie die besondere Stellung der Rechtspopulisten im Parteienwettbewerb stellen Herausforderungen für die finnische Form der Verhandlungsdemokratie dar, die einer Erklärung bedürfen.

1. Parteien, Wahlsystem und Wahlkampf 2015

Mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise nach 2007 rutschte Finnland in eine schwere Rezession, von der sich das Land bis heute nicht erholen konnte. Das Wirtschaftswachstum

1 Vgl. allgemein zur finnischen Verhandlungsdemokratie: *David Arter*, *Scandinavian Politics Today*, Manchester 2008; *Torbjörn Bergmann / Kaare Strøm* (Hrsg.), *The Madisonian Turn. Political Parties and Parliamentary Democracy in Nordic Europe*, Michigan 2011; *Christian Förster / Josef Schmid / Nicolas Trick*, *Die nordischen Länder. Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden*, Wiesbaden 2014; *Sven Jochem*, *Die politischen Systeme Skandinaviens*, Wiesbaden 2012; *Lauri Karvonen*, *Parties, Governments and Voters in Finland. Politics under Fundamental Societal Transformation*, Colchester 2014.

brach nach 2007 dramatisch ein, erholte sich kurzfristig, um in der Periode von 2012 bis 2013 erneut negative Werte anzunehmen. Seit 2008 befindet sich das Land quasi in einer langen Rezession, und die Zukunftsprognosen sind eher verhalten bis pessimistisch.² Nach der Aufspaltung des Nokia-Konzerns und des Aufkaufs seiner Mobiltelefon-Sparte durch Microsoft kam es zu massiven Entlassungen im ehemals weltweit führenden IT-Konzern. Die für Finnland wichtige Papierindustrie leidet an der geringen Nachfrage nach Papier in einer zusehends digitalisierten Welt. Und die im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland führen zu einem rasanten Rückgang der Nahrungsmittelexporte Finnlands.³ Etwas apodiktisch spricht der US-amerikanische Ökonom *Paul Krugman* bereits von der „Finnish Disease“, die in Europa mehr Aufmerksamkeit verdiene als die griechische Krise.⁴

Die Rezession der Wirtschaft stellt die Regierung vor eine Vielzahl immenser Herausforderungen. Zum einen geriet der bis 2007 vorbildliche öffentliche Haushalt unter Druck. Die sinkenden Steuereinnahmen sowie die zunehmende Arbeitslosigkeit ließen die Verschuldung rasch ansteigen. Nach OECD-Definitionen stieg die Staatsverschuldung von ca. 40 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 auf ca. 70 Prozent im Jahr 2015 an.⁵ Als Resultat dieser zunehmenden Verschuldung verlor Finnland im Oktober 2014 die höchste Kreditratingstufe bei der Ratingagentur S&P.⁶ Nach der schweren Finanzkrise des Landes in den frühen 1990er Jahren stieg die offene Arbeitslosigkeit auf über 15 Prozent an, konnte im folgenden Jahrzehnt wieder auf unter sieben Prozent gesenkt werden, nimmt aber seit 2008 wieder stetig zu und liegt Mitte 2015 knapp unter zehn Prozent.⁷ Eine weitere Belastung des öffentlichen Haushaltes kann unmittelbar von der sich jüngst wandelnden Außen- und Sicherheitspolitik Russlands abgeleitet werden. Aufgrund der in Finnland wahrgenommenen Bedrohung durch den Nachbarn lenkte die bisherige Koalition unter konservativer Führung verstärkt Mittel in das Militär und die allgemeine Aufrüstung. Mit der veränderten Sicherheitslage im Nordosten Europas geriet zudem die Frage einer offiziellen NATO-Mitgliedschaft verstärkt in die öffentliche Debatte.⁸

- 2 Vgl. zu den Projektionen sowie zu Analysen der finnischen Wirtschaftsschwäche die Wirtschaftsberichte des finnischen Finanzministeriums, <http://vm.fi/julkaisu?pubid=6302> (Abruf am 22. Juli 2015) sowie OECD, *Economic Survey Finland*, Paris 2014.
- 3 Vgl. *Ingrid Meissl Årebo*, Wenn Russland krankt, hustet Finnland, in: NZZ.ch vom 14. August 2015, <http://www.nzz.ch/wirtschaft/wenn-russland-krankt-muss-auch-finnland-husten-1.18362479> (Abruf am 17. Februar 2016).
- 4 *Paul Krugman*, The Finnish Disease, in: *Nytimes.com* vom 1. Juni 2015, http://krugman.blogs.nytimes.com/2015/06/01/the-finnish-disease/?_r=0 (Abruf am 17. Februar 2016).
- 5 Vgl. OECD Key Tables, Government Debt, http://www.oecd-ilibrary.org/economics/government-debt_gov-debt-table-en (Abruf am 22. Juli 2015).
- 6 Vgl. *Tobias Etzold* / *Pawel Tokarski*, Neue Mitte-Rechts-Regierung in Finnland. Wirtschafts- und europapolitische Herausforderungen und Perspektiven, in: SWP Aktuell 57, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A57_etz_tks.pdf (Abruf am 17. Februar 2016); Vgl. auch: „Moody’s senkt Ausblick für Finnlands Kreditrating“, in: *Handelsblatt.com* vom 6. Juni 2015, <http://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/anleihen/geringes-wachstum-moodys-senkt-ausblick-fuer-finnlands-kreditrating/11877454.html> (Abruf am 17. Februar 2016).
- 7 Vgl. Ministry of Finance, *Economic Survey Summer 2015*, Helsinki 2015, S. 4.
- 8 Vgl. *Tobias Etzold* / *Christian Opitz*, Zwischen Allianzfreiheit und Einbindung. Finnland und Schweden auf der Suche nach einer neuen Sicherheitsstrategie, in: SWP Aktuell 33, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A33_etz_opt.pdf (Abruf am 17. Febru-

Finnland ist Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Anders als in Schweden steht der finnischen Regierung eine währungspolitische Korrektur der Wettbewerbsfähigkeit nicht zur Verfügung. Insofern setzten die bisherigen Regierungen auf eine interne Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, das heißt Einsparungen in den öffentlichen (Sozial-)Haushalten sowie eine forcierte Privatisierung und Deregulierung.⁹ Auch die Europapolitik wird intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert. Die harte Position in der Griechenland-Krise – Finnland forderte bereits 2012 ein Pfand in Höhe von einer Milliarde Euro von der griechischen Regierung für das zur Verfügung gestellte Geld – stützt sich auf einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Drei Viertel der Bevölkerung stehen nach Umfragen hinter dieser regelbasierten Austeritätspolitik gegenüber der griechischen Regierung. Allerdings wird auch seit 2012 diskutiert, Finnland solle den Euro-Raum verlassen, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.¹⁰ Insofern überrascht es nicht, dass die neue Regierung zur Begründung ihres Sparpaketes im Herbst 2015 argumentierte, dass die harte Medizin, die der griechischen Regierung und Gesellschaft von Finnland empfohlen wurde, jetzt auch von der eigenen Bevölkerung zu akzeptieren sei.¹¹ Gleichwohl konnten europaskeptische Abgeordnete um den ehemaligen Ehrenvorsitzenden der Zentrumspartei *Puavo Väyrynen* durch eine erfolgreiche Volksinitiative im Herbst 2015 das Parlament dazu verpflichten, dass ein etwaiger Austritt aus dem Euro im Frühjahr 2016 auf die parlamentarische Agenda gesetzt werden muss.

Finnland ist eine konsensorientierte semi-präsidentielle Verhandlungsdemokratie mit vorwiegend Großen Koalitionen.¹² Obwohl durch die Verfassungsreform von 2000 wichtige Befugnisse des Präsidenten eingeschränkt wurden – es also zu einer weitreichenden Parlamentarisierung der finnischen Demokratie kam –, besitzt das Amt des Präsidenten immer noch bei der Regierungsbildung, der Gestaltung der Außenpolitik sowie in der öffentlichen Debatte politisch relevanter Themen deutlichen Einfluss. Mit der Verfassungsrevision 2000 wurden ferner die qualifizierten Mehrheitserfordernisse im Parlament bei haushaltsbezogenen Abstimmungen abgeschafft. Obwohl aus diesen Gründen übergroße Mehrheiten im Parlament nicht mehr zwingend notwendig sind, setzten seither die meisten Regierungen auf eine breite parlamentarische Mehrheit. Dieser konsensorientierte Zug der Politik ohne unmittelbare institutionelle Notwendigkeit wird von *Lauri Karvonen* auf die äußerst konfliktgeladene finnische Geschichte zurückgeführt, worin sich Finnland von seinen nordischen Nachbarn unterscheidet. Ebenso macht *Karvonen* darauf aufmerksam, dass die konsensorientierten Traditionen in der finnischen Demokratie durch vermehrte Konflikte

ar 2016); Gegenwärtig werden die Vor- und Nachteile einer NATO Mitgliedschaft Finnlands in einer Expertenkommission eruiert (vgl. „Eventuellt finländskt Nato-medlemskap utreds“, in: DN.se vom 28. Januar 2016, <http://www.dn.se/debatt/forsok-inte-smyginfora-forbund-med-finland/> (Abruf am 17. Februar 2016)).

- 9 Vgl. *Toni Ahlqvist / Sami Moisio*, Neoliberalisation in a Nordic State: From Cartel Polity towards a Corporate Polity in Finland, in: *New Political Economy*, 19. Jg. (2014), H. 1, S. 21 – 55 sowie *Anu Kantola / Johannes Kananen*, Seize the Moment: Financial Crisis and the Making of the Finnish Competition State, in: *New Political Economy*, 18. Jg. (2013), H. 6, S. 811 – 826.
- 10 Vgl. *Thomas Kirchner*, Dann lieber den Fixit, in: *SZ online* vom 12. Juli 2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/finnland-dann-lieber-den-fixit-1.2561942> (Abruf am 17. Februar 2016).
- 11 Vgl. *Rudolf Herrmann*, Finnlands Gewerkschaften auf den Barrikaden, in: *NZZ.ch* vom 17. September 2015, <http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/finnlands-gewerkschaften-auf-den-barrikaden-1.18615050> (Abruf am 17. Februar 2016).
- 12 Vgl. *Sven Jochem*, a.a.O. (Fn. 1) sowie *Lauri Karvonen*, a.a.O. (Fn. 1).

zwischen den Sozialpartnern sowie vor allem durch die Schwäche der „alten“ konsensualen Parteien (Sozialdemokratie und Zentrumspartei) unterminiert würden; die „neuen“ Parteien würden hingegen stärker dem reinen Wettbewerbsgedanken verpflichtet sein (Konservative Partei sowie Finnen-Partei).¹³

Bereits bei der Parlamentswahl 2011 gerieten die finnischen Traditionen des gütlichen Einvernehmens durch das starke Abschneiden der Rechtspopulisten ins Wanken.¹⁴ Einzige Partei konnte Stimmenzuwächse verzeichnen, während alle anderen durchweg Stimmen einbüßten. Als stärkste Kraft im Parlament versuchte die Konservative Partei unter Führung von *Jyrki Katainen* die Rechtspopulisten in eine Regierung einzubinden. Diese lehnten vehement die finnische Unterstützung einer europäischen Krisenpolitik gegenüber Portugal, Spanien und Griechenland ab. Gleichzeitig forderte ihr Parteivorsitzender *Timo Soini* für sich den Posten des Finanzministers. Nach einigem Zögern ging *Katainen* auf diese Forderungen nicht ein und bildete eine sechs Parteien umfassende Große Koalition ohne Finnen-Partei und Zentrumspartei, die sich von den Linksozialisten bis zu den Konservativen erstreckte. Dies war eine klassische finnische Große Koalition, eine „anything-goes“-Koalition, bei der sich durchaus „strange bedfellows“ zum gemeinsamen Regieren zusammenfanden.¹⁵ Der inhaltliche Zusammenhalt war äußerst gering und der vage formulierte Koalitionsvertrag umfasste nur wenige Seiten. *Soini* (PS) charakterisierte die neue Große Koalition unmittelbar nach Abschluss des Koalitionsvertrages als „Koalition der Verlierer“¹⁶.

Dieses sehr breite und letztlich weitgehend erfolglose Bündnis, das nur wenige seiner Reformvorhaben realisieren konnte, bereitete den Boden für eine rasche elektorale Erholung der Zentrumspartei sowie eine weitere Stärkung der Rechtspopulisten. Die Zentrumspartei sammelte in der Opposition Kräfte und wagte auf der Parteikonferenz 2012 einen riskanten Schritt, als man *Juha Sipilä* zum neuen Vorsitzenden wählte. *Sipilä* war außerhalb seines Wahlkreises (Oulu) im Norden des Landes nahezu unbekannt. Er war der Partei erst kurz vor der Parlamentswahl 2011 beigetreten und kann auf eine erfolgreiche Karriere als Unternehmer in der IT-Branche zurückblicken.

Die Finnen-Partei ist eine Neugründung einer bereits seit 1959 bestehenden rechtspopulistischen Partei (Finnische Landvolkpartei), die sich von der Zentrumspartei abgespalten hatte und vor allem in den ländlichen Regionen Finnlands starken Rückhalt erfuhr. Mit der (Neu)Gründung der PS im Jahr 1995 konnte *Soini* die Finnen-Partei seit 1997 kontinuierlich in den Parlamenten auf lokaler wie auch nationaler Ebene etablieren.¹⁷ Die Rechtspo-

13 Vgl. *Lauri Karvonen*, a.a.O. (Fn. 1), S. 43 – 47.

14 Vgl. *David Arter*, Taking the Gilt off the Conservatives' Gingerbread: The April 2011 Finnish General Election, in: *West European Politics*, 34. Jg. (2011), H. 6, S. 1284 – 1295.

15 Mit diesen Metaphern umschreibt der schottische Finnland-Experte *David Arter* die finnischen Großen Koalitionen in seinen zahlreichen Publikationen seit mehreren Jahren, vgl. zum Beispiel *David Arter*, a.a.O. (Fn. 14 sowie auch Fn. 16).

16 *David Arter*, A 'Pivotal Centre Party' Calls the Shots: The 2015 Finnish General Election, in: *West European Politics*, 38. Jg. (2015), H. 6, S. 1345 – 1353, S. 1346.

17 Vgl. *Ann-Cathrine Jungar*, Finnish Version of Populism, in: *Baltic Worlds 2011*, <http://baltic-worlds.com/finnish-version-of-populism/> (Abruf am 22. Juli 2015) sowie *Ann-Cathrine Jungar / Anders Ravik Jupskås*, Populist Radical Right Parties in the Nordic Region: A New and Distinct Party Family?, in: *Scandinavian Political Studies*, 37. Jg. (2014), H. 3, S. 215 – 238 und *Jens Gmeiner*, Der Aufstieg der Basisfinnen, in: *Cicero.de* vom 7. Mai 2014, <http://www.cicero.de/blog/goettinger-demokratie-forschung/2014-05-07/der-aufstieg-der-basisfinnen> (Abruf am 17. Februar 2016).

pulisten verfolgen eine dezidiert kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union – *Soini* war von 2009 bis 2011 Mitglied des Europäischen Parlaments – sowie eine ablehnende Haltung gegenüber Flüchtlingen und Migranten, wenngleich eine Zuwanderung von hoch qualifizierten Personen nicht kategorisch abgelehnt wird. Ferner lehnt die PS den bislang obligatorischen Schwedisch-Unterricht in finnischen Schulen ab und hinterfragt so die in Artikel 17 der finnischen Verfassung verankerte offizielle Zweisprachigkeit des Landes. Im Rahmen der Präsidentenwahl 2006 konnte *Soini* seine Popularität schlagartig ausweiten, da er – anders als *Veikko Vennamo*, der langjährige Parteivorsitzende der rechtspopulistischen Landvolkpartei – sehr ausgleichend und moderat agiert sowie stets um gute Kontakte zu den anderen Parteieliten bemüht ist. In der Parlamentswahl 2007 erlangte die Partei knapp über vier Prozent der Stimmen und fünf Mandate, 2011 schloss die Partei zu den drei traditionell dominierenden Parteien sowohl hinsichtlich der Stimmen als auch der errungenen Mandate auf (vgl. Tabelle 1).

Die PS setzt auf eine solide organisatorische Absicherung ihrer Politik. *David Arter* zeigt, wie erfolgreich ihre Führung von den ersten Erfolgen an die personelle und organisatorische Stärke der Partei ausbaute. Während noch bei den ersten Wahlen Bündnisse mit anderen Parteien eingegangen wurden, gelang es der PS zusehends, mehr Personal vor allem in den Kommunen zu rekrutieren und in die Parteidisziplin einzubinden.¹⁸ Ebenso vermied *Soini* eine programmatische Radikalisierung. Er bezeichnete in einer 2014 erschienenen Autobiographie die PS als eine Basar-Partei, „there is a little bit of everything and it's open day and night“¹⁹. Das Wahlsystem unterstützt eine solche eher pragmatische und auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ausgerichtete Strategie.

Das finnische Wahlsystem ist ein obligatorisch personalisiertes Verhältniswahlrecht mit zwölf Mehrmandatswahlkreisen sowie einem Einmandatswahlkreis (Åland).²⁰ Die Sitzverteilung erfolgt in den Wahlkreisen nach der *d'Hondt*-Methode. In Finnland werden in erster Linie Personen gewählt, nicht Parteien. Dieses Wahlrecht eröffnet immer wieder Außenstehern des politischen Betriebs den Einzug ins Parlament.²¹ Bereits in den 1990er Jahren wurde von fast 50 Prozent der Wahlbevölkerung die Person als Entscheidungsgrund für ihre Wahl genannt, nicht die Partei. Diese Personalisierung hat sich seither stabilisiert; insbesondere die Wähler zwischen 35 und 54 Jahren machen ihre Entscheidung vor allem von persönlichen Merkmalen abhängig, weniger von Parteien und ihren Wahlprogrammen.²² Entsprechend rational ist es für die Parteien, auf Bewerber aus dem öffentlichen Leben in bestimmten Wahlkreisen zu setzen. So kandidierte zum Beispiel 2007 der finnische Rapper „Pikku G“ (*Henri Vähäkainu*) für die Zentrumspartei, ebenso wie der als Sportidol bewun-

18 Vgl. *David Arter*, The ‚Hows‘, not the ‚Whys‘ or the ‚Wherefores‘: The Role of Intra-Party Competition in the 2011 Breakthrough of the True Finns, in: *Scandinavian Political Studies*, 36. Jg. (2013), H. 2, S. 99 – 120.

19 Zitiert nach *David Arter*, a.a.O. (Fn. 16), S. 1350.

20 Vgl. hierzu die Informationen der finnischen Wahlbehörde in schwedischer Sprache, <http://www.vaalit.fi/sv/index/omval/riksdagsval.html> (Abruf am 22. Juli 2015) sowie *Lauri Karvonen*, a.a.O. (Fn. 1).

21 Vgl. *David Arter*, Clowns, Alluring Ducks and Miss Finland 2009: The Value of ‚Celebrity Candidates‘ in an Open-List PR Voting System, in: *Representation*, 50. Jg. (2014), H. 4, S. 453 – 470.

22 Die Zahlen sind entnommen aus *Lauri Karvonen*, a.a.O. (Fn. 1), S. 127 – 137.

derte Skilangläufer *Juha Mieto*.²³ Für die Rechtspopulisten waren 2011 die Popsängerin *Ritva Elomaa*, der Rockmusiker *Pertti Virtanen* sowie der ehemalige Langstreckenläufer *Toivo Juha Vääntinen* erfolgreich.²⁴

Die disparate Große Koalition zerfiel bereits nach wenigen Jahren und galt spätestens seit 2014 als eine Koalition auf Abruf. Die Linksozialisten verließen im Frühling 2014 aufgrund sozialpolitischer Kürzungsmaßnahmen das Bündnis. Im Sommer wechselte Ministerpräsident *Katainen* (KOK) in die Europäische Kommission, als sein Nachfolger wurde der Triathlet und medial omnipräsente *Alexander Stubb* gewählt.²⁵ Im Herbst 2014 schließlich verließ die Grüne Partei aufgrund der Zusage für den Bau eines weiteren Atommeilers in Finnland die Koalition. Die vier Parteien umfassende Rumpfkoalition aus Konservativen, Sozialdemokraten, Schwedischer Volkspartei und Christdemokraten musste unter der Leitung von *Alexander Stubb* (KOK) die Verantwortung für eine nur bedingt überzeugende Regierungspolitik schultern. Insgesamt scheiterte das Bündnis an anfangs hoch gesteckten Zielen – eine umfassende Reform des Gesundheitswesens missglückte zum Beispiel nach langen Vorbereitungen erst kurz vor der Wahl im März 2015. Zu Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes 2015 kritisierte gar der im Frühjahr 2012 gewählte finnische Präsident, *Sauli Niinistö* (KOK), die Regierung öffentlich für ihre schlechte Reformbilanz.²⁶

Trotz der ökonomischen Schwierigkeiten und der Herausforderungen für die finnische Verhandlungsdemokratie verlief der Wahlkampf 2015 weitgehend unaufgeregter. Die Meinungsumfragen signalisierten spätestens ab Sommer 2014 einen Regierungswechsel.²⁷ Die Werte für die Konservative Partei und vor allem für die Sozialdemokraten sanken stetig, gleichzeitig konnte die Zentrums Partei kontinuierlich in der Wählergunst zulegen. Zu Beginn des Jahres 2015 war ihre Spitzenstellung in den Umfragen weitgehend unangefochten. Allerdings war der Kampf um die Plätze umstritten. Offen war bis zuletzt, ob sich die PS, die KOK oder gar noch die SDP auf den zweiten Platz werde vorkämpfen können.

Im Schlussspurt des Wahlkampfes dominierten ökonomische Themen. Die Regierung lancierte im Frühling 2015 einen Kommissionsbericht, der unter Federführung des ehemaligen (konservativen) schwedischen Finanzministers *Anders Borg* sowie des im Land bekannten finnischen Ökonomen *Juhana Vartiainen* angefertigt worden war. Zentrale Aussage des Berichtes war, dass die öffentlichen Defizite aus dem Ruder zu laufen drohten und beherrschte angebotsseitige Reformmaßnahmen notwendig seien. Konkret empfahl die Kommission eine weitere Ausdehnung des Arbeitsangebotes verbunden mit Privatisierungen und Deregulierungen des finnischen Sozialstaates. Damit sollte die Produktivität angehoben, mehr Beschäftigung geschaffen und vor allem die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Schweden und Deutschland gestärkt werden.²⁸

23 Vgl. *David Arter*, a.a.O. (Fn. 21).

24 Vgl. *Jens Gmeiner*, a.a.O. (Fn. 17).

25 Vgl. *Ingrid Meissl Årebo*, «Twitter-Minister» wird Regierungschef, in: NZZ.ch vom 16. Juni 2014, <http://www.nzz.ch/international/europa/twitter-minister-wird-neuer-regierungschef-1.18322741> (Abruf am 17. Februar 2016).

26 Vgl. *David Arter*, a.a.O. (Fn. 16), S. 1346.

27 Eine Übersicht über die Wahlumfragen ist abrufbar unter <http://www.electograph.com/search/label/Finland> sowie unter https://en.wikipedia.org/wiki/Finnish_parliamentary_election,_2015, mit weiteren Links zu den einzelnen Meinungsumfragen (Abruf jeweils am 22. Juli 2015).

28 Vgl. die Erklärung der finnischen Regierung unter http://valtioneuvosto.fi/en/article/-/asset_publisher/borgin-ja-vartiainen-raportti-lisaa-kilpailukykyä-tyovoimaa-ja-tuottavuutta?_101_

Unmittelbar vor der Wahl wurden diese Reformvorschläge von einem internen Kommissionsbericht aus dem Finanzministerium erneuert, diesmal allerdings mit eindrucklichem Zahlenmaterial versehen. Insgesamt wurden die Visionen und Vorschläge eingebettet in eine europäische Reformagenda. Der Tenor war jedoch identisch mit dem *Borg-Vartiainen*-Bericht: Um die Wettbewerbsfähigkeit Finnlands zu stärken, seien umfassende Einsparungen notwendig. Der Bericht forderte Einsparungen in Höhe von insgesamt sechs Milliarden Euro für die kommende Wahlperiode.²⁹ Der sozialdemokratische Finanzminister *Antti Rinne* distanzierte sich unmittelbar nach Bekanntwerden des Papiers von seinem eigenen Ministerium, da ein solcher Einsparbetrag nach seinem Dafürhalten nicht in einer Wahlperiode zu erreichen sei. Ministerpräsident *Stubb* stand hingegen fest zu den Forderungen.³⁰ Die Gräben für den Endspurt im Wahlkampf waren gezogen: Es ging um die Fortführung und Verschärfung der Austeritätspolitik zur Stärkung der finnischen Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten.

2. Wahlergebnis

Das Ergebnis der Parlamentswahl bedeutete im Vergleich zu 2011 keine erdrutschartigen Veränderungen (vgl. Tabelle 1). Die Zentrumspartei konnte, wie nach den Umfragen zu erwarten war, deutlich an Stimmen gewinnen und sich als stärkste Partei durchsetzen. Die Finnen-Partei wurde weniger stark prognostiziert; mit 17,6 Prozent der Stimmen konnte sie ihre relative Stabilität im Vergleich zur Wahl von 2011 am Wahlabend feiern. Für die Sozialdemokraten sowie für die Linkspartei wurde das schlechte Resultat bereits seit Mitte 2014 vorhergesagt. Letztlich verblieb als spannendstes Rätsel am Wahlabend die Frage, wer es auf den zweiten Platz nach der Zentrumspartei schaffen würde: die Konservativen oder die Finnen-Partei?

Eine Besonderheit des finnischen Wahlsystems entschied die Frage nach der zweitstärksten Partei. Obwohl die Konservativen landesweit mehr Stimmen als die Finnen-Partei erlangen konnten, bekam letztere einen Parlamentssitz mehr als erstere zugeteilt. Dieses Rätsel klärt sich durch die *d'Hondtsche* Auszählung in den jeweiligen Wahlkreisen sowie durch den Umstand auf, dass die Wahlkreise unterschiedlich groß geschnitten und daher auch unterschiedlich viele Stimmen für ein Mandat notwendig sind.³¹

INSTANCE_3qmUeJgIXZEK_groupId=10616 (Abruf am 17. Februar 2016) mit einem weiteren Verweis auf den Bericht in finnischer Sprache sowie: „Borg’s Report on Finnish Economy Unveiled“, in: Yle.fi vom 3. März 2015, http://yle.fi/uutiset/borgs_report_on_finnish_economy_unveiled/7861255 (Abruf am 17. Februar 2016). In schwedischer Sprache ist der Bericht einsehbar unter <http://vnk.fi/documents/10616/1095776/R0515-+En+strategi+f%C3%B6r+Finland.pdf/ded635bd-4966-4c49-9e93-5f8de7646311?version=1.0> (Abruf am 22. Juli 2015).

29 Vgl. den Bericht in englischer Sprache: http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/csr2015/nrp2015_finland_en.pdf (Abruf am 22. Juli 2015).

30 Vgl. „Kokoomus ready for euro 6 billion in cuts“, in: *Finlandtimes.fi* vom 23. März 2015, <http://www.finlandtimes.fi/national/2015/03/23/15354/Kokoomus-ready-for-euro-6-billion-in-cuts> (Abruf am 17. Februar 2016).

31 Vgl. „Sannfinländarna tvåa trots tredjeplats – hur går det ihop?“, in: *Sverigesradio.se* vom 20. April 2015, http://sverigesradio.se/sida/grupp_sida.aspx?programid=4543&grupp=19689&artikel=6146216 (Abruf am 22. Juli 2015).

Tabelle 1: Die Ergebnisse der finnischen Parlamentswahlen 2015 und 2011

	2015		2011		Veränderung	
	Stimmen (Prozent)	Sitze	Stimmen (Prozent)	Sitze	Stimmen (Prozent- punkte)	Sitze
KESK	21,1	49	15,8	35	+5,3	+14
PS	17,6	38	19,1	39	-1,5	-1
KOK	18,2	37	20,4	44	-2,2	-7
SDP	16,5	34	19,1	42	-2,6	-8
VIHR	8,5	15	7,3	10	+1,2	+5
VAS	7,1	12	8,1	14	-1	-2
SFP	4,9	9	4,3	9	+0,6	0
KD	3,5	5	4	6	-0,5	-1
Åland	0,4	1	0,4	1		
Übrige (total)	2,7	--	1,7	--		
Wahlbeteiligung	70,1		70,5		-0,4	

Anmerkungen: Die Gesamtzahl der Sitze im finnischen Reichstag beträgt 200.
 Regierungslager: KESK = Suomen Keskusta (Zentrumspartei), PS = Perussuomalaiset (Die Finnen-Partei), KOK = Kansallinen Kokoomus (Konservative Partei); Opposition: SDP = Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (Sozialdemokraten), VIHR = Vihreä Liitto (Grüne Allianz), VAS = Vasemmistoliitto (Linksbündnis), SFP = Svenska Folkpartiet i Finland (Schwedische Volkspartei, Liberale Partei), KD = Suomen Kristillisdemokraatit (Christdemokraten). Ein Repräsentant aus Åland ist unabhängig vom Stimmenergebnis im finnischen Parlament vertreten; die Person kann der SFP zugeordnet werden.
 Quellen: Statistisches Zentralbüro Finnland, http://www.stat.fi/til/evaa/2015/evaa_2015_2015-04-30_tie_001_sv.html; http://www.stat.fi/til/evaa/2015/evaa_2015_2015-04-30_tau_001_sv.html; http://www.stat.fi/til/evaa/2015/evaa_2015_2015-04-30_tau_002_sv.html; sowie finnisches Justizministerium, http://tulospalvelu.vaalit.fi/E-2015/se/tulos_kokomaa.html (Abruf jeweils am 22. Juli 2015). Die Quellen sind in schwedischer Sprache.

Die regionale Verteilung des Ergebnisses entspricht weitgehend dem bisher bekannten Wahlverhalten in Finnland.³² Die Zentrumspartei war weitgehend in den ländlichen Regionen des Nordens erfolgreich, die Konservativen vor allem im Süden in den dicht besiedelten Agglomerationen, die Schwedische Volkspartei entlang der Küsten des Südens und Westens; die Sozialdemokraten dominierten einzig den Wahlkreis Tavastland, die Finnen-Partei nur den Wahlkreis Satakunta.³³ Der gewählte Abgeordnete der Åland-Inseln (*Mats Löfström*) kann der SFP zugerechnet werden.

Die regionale Verteilung der Wählerwanderungen zeigt, dass die KESK nahezu landesweit an Stimmen hinzugewinnen konnte, die KOK hingegen fast überall an Stimmen ein-

32 Vgl. hierzu *Lauri Karvonen*, a.a.O. (Fn. 1) sowie den insbesondere regionale Differenzen fokussierenden Beitrag von *Hannu Nurmi* und *Lasse Nurmi*, *The Parliamentary Election in Finland* April 19, 2015, in: *Electoral Studies*, 40. Jg. (2015), H. 1 – 6, S. 433 – 438.

33 Vgl. die Angaben der finnischen Statistikbehörde in schwedischer Sprache unter: http://pxweb2.stat.fi/explorer/eduskuntavaalit_2015/km_vp_sv.shtml (Abruf am 22. Juli 2015).

büßte. Die Gewinne für die PS fanden eher im Süden des Landes statt. Und die Sozialdemokraten verloren vor allem im Süden an Rückhalt.³⁴ In der Tat profitierte die PS bei der Wahl 2015 besonders von enttäuschten Wählern der Sozialdemokraten.

Während landesweit ca. 40 Prozent aller Kandidaten Frauen waren, sind 41,5 Prozent aller gewählten Abgeordneten weiblich. Der Frauenanteil ist sehr hoch bei der Sozialdemokratischen Partei (61,8 Prozent), den Christdemokraten (60 Prozent) sowie dem Linksbündnis (58,3 Prozent), sehr niedrig beim Zentrum (28,6 Prozent) sowie der Finnen-Partei (31,6 Prozent). Die weiblichen Mitglieder des Parlaments sind mehrheitlich jünger, das heißt unter 50 Jahre alt. Im Vergleich zur vergangenen Wahlperiode nahm der Anteil der Frauen im Parlament und in der Regierung ab – dies wurde unmittelbar nach der Wahl als ein Rückschlag der Gleichstellungspolitik in Finnland kritisiert.³⁵

Die sozioökonomischen Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung folgten 2015 den gängigen Mustern. Die älteren Wähler unterstützen vor allem die Zentrums- und Sozialdemokraten, wohingegen die Finnen-Partei Wähler aus allen Altersgruppen anzieht, mit einem relativen Schwerpunkt im Alterssegment zwischen 35 und 44 Jahren. Sie wurde besonders stark von Männern gewählt, aber deren Unterstützung gilt in Finnland auch überdurchschnittlich stark dem Zentrum sowie der Konservativen Partei. Die Finninnen unterstützen überdurchschnittlich die Linksparteien, insbesondere die Grünen.

Dass die PS sich als eine Partei der Arbeiterschicht und der „kleinen Leute“ profiliert, wird auch an ihrem Wählerprofil deutlich. Ein großer Prozentsatz ihrer Wähler stuft sich selber als Angehörige der Arbeiterschicht ein, ein nur sehr geringer Anteil verfügt über Universitätsabschlüsse.

Insofern überrascht es nicht, dass ehemalige Wähler der Sozialdemokraten 2015 zu einem kleineren Teil zur Zentrums- und Sozialdemokraten, zum größeren Teil jedoch zur Linkspartei sowie zur Finnen-Partei wanderten. Die Zentrums- und Sozialdemokraten profitierten deutlich von ehemaligen Wählern der Konservativen, aber auch der PS.³⁶

3. Regierungsbildung

Bereits am Wahlabend stand mit der Zentrums- und Sozialdemokraten der Wahlsieger und somit die Partei des zukünftigen Regierungschefs fest. *Juha Sipilä* (KESK) zögerte anfangs mit klaren Wunschoptionen für eine Regierungskoalition, sie sollte aber unbedingt auf einer soliden parlamentarischen Mehrheit fußen. Dem Beispiel *Jyrki Katainens* (KOK) aus dem Jahr 2011 folgend formulierte *Sipilä* 15 Fragen zu wichtigen politischen Themen Finnlands, verbunden mit der Bitte an alle parlamentarischen Parteien, diese rasch zu beantworten.³⁷

34 Vgl. die interaktive Karte der schwedischsprachigen Sparte der öffentlichen finnischen Fernseh- und Rundfunkanstalt (YLE) unter: <http://svenska.yle.fi/artikel/2015/04/23/centern-vann-nyavaljare-i-hela-landet> (Abruf am 22. Juli 2015).

35 Vgl. Statistikcentralen, Badgrundsanalys av kandidaterna och de invalda i riksdagsvalet 2015, http://www.stat.fi/til/evaa/2015/evaa_2015_2015-04-30_kat_001_sv.html (Abruf 22. Juli 2015).

36 Vgl. *Lauri Karvonen*, a.a.O. (Fn. 1) sowie die Wahlanalysen in: Justitieministeriet: Demokratiaindikaattori 2015, insbesondere Kapitel II, http://www.oikeusministerio.fi/fi/index/julkaisut/julkaisuarhivo/1449040859824/Files/OMSO_56_2015_Demokratiaindikaattori.pdf (Abruf am 16. Februar 2016).

37 Vgl. *Anders Karlsson*, Sipilä ställer 15 kvistiga frågor, in: Svenska.yle.fi vom 28. April 2015, <http://svenska.yle.fi/artikel/2015/04/28/sipila-staller-15-kvistiga-fragor> (Abruf am 17. Februar 2016).

Nach der definitiven Auszählung der Stimmen, der Umrechnung in Parlamentssitze sowie der Sichtung der Antworten der Fraktionen auf den Fragenkatalog entschied sich die Zentrumspartei am 7. Mai zu einer Mitte-Rechts-Koalition. Anfangs wollte *Sipilä* auch die Sozialdemokratische Partei einbinden. Dort setzte sich jedoch die Meinung durch, dass sich die Partei nach der herben Wahlniederlage in der Opposition erholen und keine Regierungsbeteiligung anstreben solle.

Die Kabinettszusammensetzung wurde zwischen KESK, PS und KOK rasch festgelegt (Tabelle 2). Im Ausland erregte vor allem die Berufung von *Timo Soini* zum Außenminister Aufsehen, während die Stimmung in Finnland in dieser Hinsicht eher unaufgeregter war.

<i>Tabelle 2: Kabinett der Mitte-Rechts-Koalition 2015</i>	
Funktion	Amtsinhaber (Partei)
Kanzlei des Ministerpräsidenten	
Ministerpräsident	<i>Juha Sipilä</i> (KESK)
Außenministerium	
Außenminister	<i>Timo Soini</i> (PS)
Ministerin für internationale Entwicklung und Zusammenarbeit	<i>Lenita Toivakka</i> (KOK)
Finanzministerium	
Finanzminister	<i>Alexander Stubb</i> (KOK)
Ministerin für Regionalverwaltung und öffentliche Reformen	<i>Anu Vehviläinen</i> (KESK)
Justizministerium	
Minister für Justiz und Arbeit	<i>Jari Lindström</i> (PS)
Innenministerium	
Innenminister	<i>Petteri Orpo</i> (KOK)
Verteidigungsministerium	
Verteidigungsminister	<i>Jussi Niinistö</i> (PS)
Wirtschafts- und Beschäftigungsministerium	
Wirtschafts- und Innovationsminister	<i>Olli Rehn</i> (KESK)
Gesundheits- und Sozialministerium	
Ministerin für Soziales und Gesundheit	<i>Hanna Mäntylä</i> (PS)
Minister für Familie und Soziale Dienste	<i>Juha Rehula</i> (KESK)
Kultur- und Bildungsministerium	
Ministerin für Bildung und Kultur	<i>Sanni Grahn-Laasonen</i> (KOK)
Kommunikationsministerium	
Ministerin für Transport und Kommunikation	<i>Anne Berner</i> (KESK)
Ministerium für Land- und Forstwirtschaft	
Minister für Landwirtschaft und Umwelt	<i>Kimmo Tiilikainen</i> (KESK)
Quelle: Die Auflistung (in englischer Sprache) auf der Internetseite der Regierungskanzlei (http://valtioneuvosto.fi/en/sipila/ministers , vgl. auch http://www.norden.org/en/fakta-om-norden-1/the-ministries-in-the-nordic-countries/ministries-in-finland/ministries-in-finland , (Abruf am 22. Juli 2015).	
Anmerkungen: Parteikürzel vgl. Tabelle 1.	

Neben dem Außenministerium übernahm die Finnen-Partei das Verteidigungsministerium, das Ressort für Justiz sowie das Gesundheitsministerium.

Der ehemalige Ministerpräsident *Stubbe* (KOK) steht dem Finanzministerium vor. Bereits in den Verhandlungen der Finanzminister der Eurogruppe im Rahmen der Griechenlandkrise profilierte er sich als überzeugter Unterstützer der bundesdeutschen Politik eines normorientierten Austeritätskurses. Finnland bestärkt damit erneut seine Position als „Euro-Falke“ in der Europäischen Union.³⁸

4. Das Regierungsprogramm und erste Schritte zu seiner Umsetzung

Das Regierungsprogramm ist zwar eine Mixtur unterschiedlicher Ziele, schwerpunktmäßig aber ein ambitioniertes Austeritätsprogramm.³⁹ So setzt die Regierung einerseits auf eine angebotsseitige Reformstrategie, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken. Die Steuern sollen reduziert und bürokratische Hemmnisse für die Firmen beseitigt werden. Andererseits wird die zunehmende ökonomische Ungleichheit als gravierendes Problem der finnischen Gesellschaft thematisiert. In Anlehnung an den Kommissionsbericht des Finanzministeriums vom Frühjahr 2015 und die Vorarbeit durch die *Borg-Vartiainen*-Kommission formuliert das Regierungsprogramm 2015 Einsparziele bis ins Jahr 2021 in Höhe von ca. sechs Milliarden Euro.⁴⁰

Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Finnlands will die Regierung die Arbeitskosten um fünf Prozent absenken und eine umfangreiche Bildungsreform lancieren. Ministerpräsident *Sipilä* forderte ferner die Sozialpartner auf, einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ zu unterstützen, also einen umfassenden Sozialpakt zur Stärkung der Wirtschaft. Diese Initiative stieß auf Skepsis seitens der Gewerkschaften, die im „Gesellschaftsvertrag“ vor allem die Vorgaben und Interessen des Arbeitgeberlagers sahen. Eine Unterstützung weitreichender Einsparungen und Kürzungen im finnischen Sozialstaat sowie weitere Deregulierungen wollen die Gewerkschaften mehrheitlich nicht mittragen.

Die Regierung räumte den Sozialpartnern eine Bedenkzeit bis zum 21. August 2015 ein; danach sollte bei einem gescheiterten sozialpartnerschaftlichen Konzertierungsversuch der Gesetzgebungsweg beschritten werden. Bereits im Mai brachte die Regierung Kürzungen im Bereich Bildung, Arbeitslosenversicherung und Renten auf den parlamentarischen Entscheidungsweg; sie wollte früh einen „Schatten der Hierarchie“ spenden und so die Konzertierungsgespräche befördern. Nach deren Scheitern wurden im September 2015 gesetzgeberische Reformvorhaben konkretisiert und weitere Kürzungen und Reformen der Öffentlichkeit vorgestellt. Insgesamt soll das Lohnverhandlungssystem dezentralisiert werden. Zudem regt die Regierung an, den Urlaub auf maximal 30 Tage zu beschränken (vor

38 Tobias Etzold / Pawel Tokarski, a.a.O. (Fn. 6).

39 Vgl. Rudolf Hermann, Weniger Sozialstaat, mehr Unternehmertum, in: NZZ.ch vom 30. Mai 2015, <http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/weniger-sozialstaat-mehr-unternehmertum-1.18551835> (Abruf am 17. Februar 2016).

40 Vgl. Regierungsprogramm Finnland (in schwedischer Sprache), http://valtioneuvosto.fi/documents/10184/1427398/Ratkaisujen+Suomi_RUOTSI_YHDISTETTY_netti.pdf/159cf517-d936-493c-8e47-b52912a8f824 (Abruf am 22. Juli 2015).

allem im öffentlichen Sektor sind bis zu 38 Urlaubstage üblich). Die Zulagen für Überstunden sowie Sonntagsarbeit sollen um 25 Prozent abgesenkt, ein Karenztag beim Krankengeld eingeführt und das Lohnersatzniveau im Krankheitsfalle von 100 auf 80 Prozent des Lohnes abgesenkt werden. Außerdem wird angeregt, zwei Feiertage (Heilige Drei Könige sowie Christi Himmelfahrt) als unbezahlte Urlaubstage umzudeklarieren, um so die Kosten für die Unternehmen zu senken.⁴¹

Diese Liste von Kürzungs- und Reformvorschlägen löste im Gewerkschaftslager sowie bei den Linksparteien eine Welle des Protestes aus. Bei einem landesweiten Streik kam am 18. September das öffentliche Leben weitgehend zum Erliegen, auch wenn ein klassischer Generalstreik nicht umgesetzt werden konnte. Die Arbeitgeber schätzten die Kosten dieses Streiktages auf insgesamt 100 Millionen Euro.⁴² Auf einer zentralen Protestveranstaltung in Helsinki protestierten ca. 30.000 Menschen gegen die von der Regierung anvisierten Sparmaßnahmen.

Regierungschef *Sipilä* wandte sich unmittelbar vor dem Streik in einer Fernsehsprache an die finnische Bevölkerung – ein Schritt, der für Verwunderung sorgte. Direkte Ansprachen finnischer Regierungschefs beziehungsweise Präsidenten fanden eher in der Vergangenheit statt und jeweils nur in nationalen Krisensituationen. So wandte sich Präsident *Risto Ryti* (Nationalliberale Partei) zum Ausbruch des Winterkrieges (1939) unmittelbar (damals noch über das Radio) an das Volk; Präsident *Urho Kekkonen* (KESK) unternahm einen solchen Schritt mehrmals in der Zeit intensivster Spannungen mit der UdSSR in den 1950er Jahren; letztmals wählte Regierungschef *Esko Aho* (KESK) diese Strategie in der finnischen Finanzkrise 1991. Insofern entschied sich *Sipilä* für eine historisch aufgeladene Strategie, die unmittelbar an diese nationalen Krisen anknüpfen und das Krisenbewusstsein der Gesellschaft erhöhen sollte.⁴³

Die Einschätzung des Sparpakets und der Reformen ist in der Öffentlichkeit umstritten. Es besteht Konsens darüber, dass – ohne die nationale Währung abwerten zu können – eine interne Anpassung der finnischen Wirtschaft an den Kosten- und Wettbewerbsdruck der internationalen Märkte geschehen müsse. Die Kürzungsziele der Regierung werden gleichwohl teilweise als zu ambitioniert kritisiert. Ebenso wird darauf aufmerksam gemacht, dass mit diesen Gesetzesinitiativen die Selbstregulierung der Sozialpartner untergraben werde. Da der bestehende landesweite Tarifvertrag noch bis 2017 Gültigkeit besitzt, könnten die Sozialpartner erst danach auf eine neue Gesetzeslage reagieren. Auf alle Fälle würde dies in naher Zukunft zu zunehmenden Konflikten in den Arbeitsbeziehungen führen.⁴⁴ Am 23. September 2015 stellte die Opposition im Zusammenhang mit den Kürzungen im

41 Vgl. *Teemu Luukka / Martta Nieminen / Aleksi Teivainen*, Government to Restrict Right to Agree on Terms of Employment, *Helsinki Times*.fi vom 9. September 2015, <http://www.helsinkitimes.fi/finland/finland-news/politics/13527-government-to-restrict-right-to-agree-on-terms-of-employment.html> (Abruf am 17. Februar 2016).

42 Vgl. *Johannes Tabermann*, Exceptionellt tv-tal av statsminister Sipilä i kväll, in: *Svenska.yle.fi* vom 16. September 2015, <http://svenska.yle.fi/artikel/2015/09/16/exceptionellt-tv-tal-av-statsminister-sipila-i-kvall> (Abruf am 17. Februar 2016).

43 Vgl. ebenda.

44 Vgl. *Sara Langh*, Regeringen står fast vid sina planer - rättslärda förutspår svåra tider, in: *Svenska.yle.fi* vom 9. September 2015, <http://svenska.yle.fi/artikel/2015/09/09/regeringen-star-fast-vid-sina-planer-rattslarda-forutspar-svara-tider> (Abruf am 17. Februar 2016).

Bildungsbereich die Vertrauensfrage. Die Regierung konnte sich klar im Parlament durchsetzen und wurde dabei auch von den oppositionellen Christdemokraten unterstützt.⁴⁵

Die Verhandlungen zum neuen „Gesellschaftsvertrag“ sind bislang zweimal offiziell für gescheitert erklärt worden. Nach dem Jahreswechsel kam es jedoch zu erneuten Sondierungen, bei denen sich die Gewerkschaften offener für Verhandlungen aussprachen, nachdem die Regierung auch einige der anvisierten Reformen – etwa die Kürzung der Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit – vorerst auf Eis gelegt hatte. Ob beziehungsweise unter welchen Bedingungen der Austeritätskurs von einer sozialpartnerschaftlichen Konzertierung der Reformpolitik flankiert werden kann, ist im Frühling 2016 weiterhin eine offene Frage.

Neben diesem zentralen Konflikt mit den finnischen Gewerkschaften fallen drei weitere Streitpunkte eher bescheiden aus. Die Regierung steht zu einem Ausbau der finnischen Atomkraft. Der Plan zum Bau eines weiteren Meilers wurde allerdings überschattet von dem Verdacht, dass sich die ausgewählte kroatische Betreiberfirma mehrheitlich in russischer Hand befinden könne.⁴⁶ Ebenso umstritten ist die Sprachpolitik. Die Regierung folgt den Forderungen der Finnen-Partei und versucht, zeitlich befristet in Grundschulen die Möglichkeiten zu überprüfen, eine zweite Fremdsprache bereits in der ersten Klasse einzuführen, die allerdings nicht mehr obligatorisch Schwedisch sein müsse.⁴⁷ Letztlich löste die Finnen-Partei einen politischen Skandal aus, als einer ihrer Abgeordneten (*Matti Putkonen*) auf einer Pressekonferenz eine „schwarze Liste“ mit 13 Politikern veröffentlichte, denen er vorwarf, sie würden das Volk gegen die Finnen-Partei aufhetzen und die Partei in der Öffentlichkeit verunglimpfen.⁴⁸

Koalitionsinterne Spannungen eskalierten im Zusammenhang mit der Reform des Gesundheits- und Pflegesektors, die in weitreichende administrative Veränderungen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften münden sollen. Die Konservative Partei widersetzte sich lange den – aus ihrer Sicht – nicht radikal genug ausformulierten Reformzielen. Die Zustimmung konnte von *Juha Sipilä* nur durch ein explizites Ultimatum der Verhandlungen auf den 5. November 2015 erzwungen werden, verbunden mit der Androhung, die Konservativen bei einer Nichteinigung aus der Koalition auszuschließen. In letzter Minute kam es zu einem Kompromiss, der eine Neugliederung des Pflegesektors und eine administrative Reform vorsieht. Um Einsparungen in diesem Bereich zu erreichen, sollen neue regionale Kooperationen, so genannte Selbststeuerungsgebiete, geschaffen werden, die regio-

45 Vgl. „Regeringen fortsätter med rösterna 104-60“, in: Hbl.fi vom 23. September 2015, <http://gamla.hbl.fi/nyheter/2015-09-23/771627/regeringen-fortsatter-med-rosterna-104-60> (Abruf am 17. Februar 2016).

46 Nach dem Gesetz muss die Betreiberfirma zu mindestens 60 Prozent der Anteile von EU-Investoren getragen werden. Es besteht der Verdacht, dass russische Investoren sich über eine kroatische Betreiberfirma Zugang zum finnischen Reaktorbau verschaffen möchten, vgl. Michael Baumbüller, Das Atomwunder von Helsinki, in: SZ vom 7. Juli 2015. Vgl. dazu auch die Mitteilung des finnischen Arbeits- und Wirtschaftsministeriums (in schwedischer Sprache) vom 5. August 2015, das solche Gerüchte entkräften möchte, http://www.tem.fi/sv/energi/meddelanden_energi?89520_m=118503 (Abruf am 21. September 2015).

47 Vgl. *Hellevi Raita*, Språkexperiment genomförs om ett år, in: Hbl.fi vom 4. September 2015, <http://gamla.hbl.fi/nyheter/2015-09-04/769155/sprakexperiment-genomfors-om-ett-ar> (Abruf am 17. Februar 2016).

48 „13 namn på Sannfinländarnas hatlista“, in: Hbl.fi vom 26. August 2015, <http://gamla.hbl.fi/nyheter/2015-08-26/767997/13-namn-pa-sannfinlandarnas-lista> (Abruf am 17. Februar 2016).

nale Synergien herstellen sollen. Bis zum Frühjahr 2016 ist die präzise Ausgestaltung dieser Reform aber noch umstritten und nicht endgültig festgelegt.⁴⁹

Eine letzte große Herausforderung der Regierung ist die im Früherbst 2015 rasch steigende Zahl von Flüchtlingen. Finnland nahm in Relation zur Bevölkerungsgröße nach Ungarn, Schweden und Österreich im Jahr 2015 mit die meisten Flüchtlinge in Europa auf.⁵⁰ Aufsehen erregte die Bereitschaft von Regierungschef *Sipilä* im Herbst 2015, sein Ferienhaus für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen – sehr zum Unmut seiner dortigen Nachbarn.⁵¹ Die wachsende Zahl der Flüchtlinge generiert nicht nur Haushaltsprobleme für die finnische Regierung, sondern führt auch zu Rissen innerhalb der Koalition, da die Finnen-Partei für eine strikte Flüchtlingspolitik plädiert, die KOK sowie die KESK eher eine ausgleichende Strategie verfolgen. *Soini*, der im August 2015 mit großer Mehrheit im Amt als Vorsitzender der Finnen-Partei bestätigt wurde, greift die EU scharf an, die ihre eigenen Regeln der Flüchtlingspolitik verrate. Äußerungen seines Parteisekretärs, demzufolge die meisten derzeitigen Flüchtlinge „Wohlstandssurfer“ seien, wiederholte er in der Öffentlichkeit nicht, dementierte diesen Ausdruck aber auch nicht. *Soini* sieht die PS unter immensen Druck; vor allem weite Teile der Presse würden, so sein Vorwurf, das Wahlergebnis vom Frühjahr 2015 nicht akzeptieren. Mit Pathos ruft er daher seine Partei zur programmatischen Treue und Geschlossenheit auf und kündigt an, dass er kein Deserteur von der Parteiprogrammatik sein werde.⁵²

Die Flüchtlingsproblematik führt zu einer Debatte über die finnische Kultur und erhöht die Spannungen innerhalb der Koalition. Die vehement ausgefochtene Kulturdebatte, bei der es um das nationale Selbstverständnis in Zeiten offener Grenzen geht, wurde auch durch Vorfälle des sexuellen Missbrauchs in der Silvesternacht in Helsinki durch Flüchtlinge aus dem arabischen Raum angeheizt.⁵³ Ferner isoliert sich die Finnen-Partei innerhalb der Koalition zusehends und kämpft mit rückläufigen Umfragewerten. Die Regierung verschärfte zwar die Nachzugsregelungen für die Familien von Flüchtlingen, ein Schritt der gegenwärtig politisch heftig umstritten ist, und kündigte an, von den ca. 32.000 Asylsuchenden im Jahr 2016 insgesamt ca. 20.000 Personen wieder ausweisen beziehungsweise in ihre Heimatländer zurückführen zu wollen.⁵⁴ Dennoch sind die Maßnahmen deutlich mo-

49 Vgl. *Susanna Ginman*, Regeringens kris är mycket ovanlig, in: Hbl.fi vom 7. November 2015, <http://gamla.hbl.fi/nyheter/2015-11-07/777255/regeringens-kris-ar-mycket-ovanlig> (Abruf am 17. Februar 2016).

50 Vgl. die jüngsten Daten von Eurostat, Asyl in den EU-Mitgliedstaaten, in: eurostat pressemitteilung 2017/2015 vom 10. Dezember 2015, <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7105339/3-10122015-AP-DE.pdf/b0b08372-a5ce-411f-b66a-fa09101acb64> (Abruf am 15. Februar 2016).

51 „Neighbours Surprised and Shocked by Sipilä's Announcement“, in: Helsinki Times vom 7. September 2015, <http://www.helsinkitimes.fi/finland/finland-news/domestic/13523-neighbours-surprised-and-shocked-by-sipilae-s-announcement.html> (Abruf am 24. Februar 2016). Aus Sicherheitsgründen wurde dieser Plan letztlich fallengelassen.

52 Vgl. „*Soini manar till mod i partiet*“, in: HBL vom 20. September 2015, <http://gamla.hbl.fi/nyheter/2015-09-20/771198/soini-manar-till-mod-i-partiet> (Abruf am 2. März 2016).

53 „Helsinki Police: Extent and nature of sexual harassment on New Year's Eve was exceptional“, in: Helsinki Times vom 20. Januar 2016, <http://www.helsinkitimes.fi/finland/finland-news/domestic/13720-helsinki-police-extent-and-nature-of-sexual-harassment-on-new-year-s-eve-was-unforeseen.html> (Abruf am 24. Februar 2016).

54 „Finland planerar att utvisa 20.000“, in: DN.se vom 28. Januar 2016, <http://www.dn.se/nyheter/varlden/finland-planerar-att-utvisa-20000/> (Abruf am 17. Februar 2016).

derater als zum Beispiel die der dänischen Migrationspolitik. Die Zentrums- und die Konservative Partei wirken moderierend auf die öffentliche Auseinandersetzung ein und isolieren die Finnen-Partei in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend. Nach jüngsten Meinungsumfragen⁵⁵ konnten sowohl Zentrum als auch Konservative ihre Werte auf dem Niveau der jeweiligen Wahlergebnisse aus dem Jahr 2015 ungefähr behaupten. Die Finnen-Partei hingegen sackte von fast 18 Prozent der Stimmen bei der Parlamentswahl 2015 auf nur noch knapp zehn Prozent im Februar 2016 in der Wählergunst ab. Von den Verlusten der – insgesamt nicht positiv von der Bevölkerung wahrgenommenen Regierungsleistung⁵⁶ – profitieren vor allem die Sozialdemokraten und die Grünen.

5. Herausforderungen der finnischen Verhandlungsdemokratie

Die finnische Parlamentswahl 2015 brachte keine erdrutschartigen Verschiebungen in den Stärkeverhältnissen der Parteien mit sich, aber sie führte zu einer Mitte-Rechts-Koalition (KESK, PS, KOK) und zu einer Schwächung des verhandlungsdemokratischen Unterbaus der finnischen Demokratie. Der stete Aufstieg der rechtspopulistischen Finnen-Partei (PS) mündete in eine Übernahme politischer Verantwortung. Gleichzeitig sind die Sozialdemokraten und die Linkspartei so schwach wie noch nie nach dem Zweiten Weltkrieg. Das drei Parteien umfassende Mitte-Rechts-Bündnis weicht von der lange Zeit praktizierten Tradition Großer Koalitionen in Finnland ab. Zwar gab es auch früher bereits Koalitionen, in denen eine Mittepartei – meist die KESK – mit Parteien entweder des linken oder des rechten Lagers zusammenarbeitete; eine solche dezidiert politisch rechts positionierte Koalition ist in Finnlands Geschichte aber ein Novum. Aus Gründen der Transparenz politischer Entscheidungen und zur besseren Urteilsbildung in der Wahlbevölkerung wird diese Konstellation einer klaren Blocklogik des Parteienwettbewerbs allerdings von Experten durchaus auch begrüßt.⁵⁷

Gleichwohl unterminiert eine solche Blocklogik eine Säule der finnischen Verhandlungsdemokratie: den konsensorientierten und pragmatischen Parteienwettbewerb. Ob eine zweite Säule ebenfalls weiter erodieren wird, die finnische Sozialpartnerschaft, wird sich zeigen, wenn die Sparpakete der Regierung ins Parlament eingebracht sind, die Verhandlungen zum „Gesellschaftsvertrag“ nach den heftigen Konflikten im Herbst 2015 weiter geführt werden und die Tarifverhandlungen 2016/2017 beginnen. Zumindest bis Februar 2016 war die Regierungsstrategie eines neuen „Gesellschaftsvertrages“ mit den Sozialpartnern nicht erfolgreich.

55 Vgl. die repräsentative Meinungsumfrage des Instituts Taloustutkimus vom 4. Februar 2016, <http://www.electograph.com/2016/02/finland-february-2016-taloustutkimus.html> (Abruf am 15. Februar 2016).

56 Zu Jahresende waren erstmals mehr als 50 Prozent der finnischen Wahlbevölkerung mit der Arbeit der Koalition unzufrieden. Vgl. *Ann-Lis Fredriksson*, IS: Regeringen har gjort sig impopulär, in: Svenska.yle.fi vom 12. September 2015, <http://svenska.yle.fi/artikel/2015/09/12/regeringen-har-gjort-sig-impopular> (Abruf am 17. Februar 2016).

57 Vgl. *Lauri Karvonen* in einem Interview: *Annika Holmbom*, Högerväl bra för nästa val, in: Svenska.yle.fi vom 29. Mai 2015, <http://svenska.yle.fi/profiler/annika-holmbom> (Abruf am 17. Februar 2016).

Drängendste Herausforderungen stellen die chronische Wirtschaftskrise sowie die zunehmende Zahl an Flüchtlingen dar. Das politische Hindernis bei der Bewältigung dieser Herausforderungen in der jetzigen Koalition sind die Rechtspopulisten. Wie können *Timo Soini* und seine Partei die Balance halten zwischen einer vertrauensvollen Mitarbeit in der Koalition einerseits und einer rigorosen Programmatik in Fragen der Migrations-, Integrations- und Europapolitik andererseits? Und wie reagieren die anderen Parteien des Bündnisses auf die jeweiligen Entscheidungen der PS?

Die Geschichte der finnischen Demokratie ist durch zahlreiche und zum Teil heftige Konflikte geprägt. Erst seit den 1980er Jahren entwickelte sich eine konsensorientierte und sozialpartnerschaftliche Verhandlungsdemokratie⁵⁸; und erst seit den 1980er Jahren konnten die Koalitionsregierungen auch mehrheitlich eine Wahlperiode – wenn auch mit kleineren Abspaltungen – überdauern. Insofern stehen die Überlebenschancen der neuen Koalition nicht unbedingt schlecht. Allerdings erodieren die konsensorientierten Quellen der finnischen Verhandlungsdemokratie zusehends. Insbesondere die Flüchtlingsproblematik befeuert die zentrifugalen Kräfte der Mitte-Rechts-Koalition und macht die rechtspopulistische Finnen-Partei zur größten Herausforderung für den Parteienwettbewerb und den Fortbestand der Verhandlungsdemokratie in Finnland.

58 Vgl. *Sven Jochem*, a.a.O. (Fn. 1) sowie *Lauri Karvonen*, a.a.O. (Fn. 1).

Irresponsible Government? Der australische Senat als institutionelle Singularität im Zeitalter parteipolitischer Fragmentierung*

Florian Gawehns

Zweite Kammern gelten als „contested institutions“¹, deren Existenz einem steten Rechtfertigungszwang unterliegt.² Ungeachtet der Tatsache, dass es zuletzt nach einem jahrzehntelangen Trend hin zu unikameralen Parlamenten³ zu einem „strange revival of bica-

* Der Beitrag basiert auf der Masterarbeit des Verfassers, die an der Philosophischen Fakultät I der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vorgelegt wurde.

1 *Anthony Mughan / Samuel C. Patterson*, *Senates: A Comparative Perspective*, in: *dies.* (Hrsg.), *Senates – Bicameralism in the Contemporary World*, Columbus 1999, S. 333 – 349, S. 338.

2 Vgl. *Suzanne S. Schüttemeyer / Roland Sturm*, *Wozu Zweite Kammern? Zur Repräsentation und Funktionalität Zweiter Kammern in westlichen Demokratien*, in: *ZParl*, 23. Jg. (1992), H. 3, S. 517 – 536; zu institutionellen Alternativen vgl. *Steffen Ganghof*, *Equality-Based Comparison: How to Justify Democratic Institutions in the Real World*, in: *Politics*, 33. Jg. (2013), H. 2, S. 101 – 111, S. 108 ff.

3 Neuseeland, Dänemark und Schweden haben ihre Zweiten Kammern im Laufe des 20. Jahrhunderts abgeschafft; außerdem Burkina Faso, Island, Kirgistan, Kroatien, Malawi, Nepal, Peru, Serbien, Taiwan und Tschad. Bei diesen Ländern handelt es sich um unitarische Staaten. Ein föderal organisierter Staat, der seine Zweite Kammer 1999 aufgelöst hat, ist Venezuela. Vgl. *Christoph M. Haas*, *Sein oder nicht sein: Bikameralismus und die Funktion Zweiter Kammern*, in: *Gisela Riescher / Sabine Ruff / Christoph M. Haas* (Hrsg.), *Zweite Kammern*, München 2010, S. 3 – 21. S. 17.